1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend			
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Regierungsparteien fokussieren sich derzeit auf den Bundestagswahlkampf. Das bislang vorliegende Wahlprogramm der SPD bleibt in Bezug auf Tabak- oder E-Zigarette unkonkret – und bietet so Befürwortern und Kritikern mit dem allgemeinen Plazet zur Gesundheitsprävention Anknüpfungspunkte.				
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Aktuell befassen sich die Oppositionsparteien – und die SPD – in Bund und Ländern mit der Lockerung der Cannabispolitik. Eine liberalere Handhabung bedeutet jedoch nicht automatisch einen Ansatz für eine weniger strikte Handhabung der E-Zigarette, jedoch einen Gesprächsanlass.				
Bundesrat, Bundesländer	Während die neue Koalition in Schleswig-Holstein keine klare Positionierung zum Rauchen oder Dampfen entwickelt hat, plädiert die neue Regierung in NRW aus CDU und FDP für eine leichte Lockerung des Nichtraucherschutzes. Dies bietet zwar eine gewisse Chance für die E-Zigarette. Das Risiko einer kontroversen Debatte ist mindestens genauso groß.				
Verwaltung	Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages bestätigt in einem Gutachten die Pflicht zum Zeigen von Bildwarnhinweisen bei Zigarettenautomaten. Einige Bundesländer/Gerichte haben bereits zuvor gegen den Tabakhandel entschieden. Daneben arbeitet die EU-Kommission weiter an Tabakregulierungen (Tracking&Trace), die im worst case langfristig auch (negativ) die E-Zigarette betreffen kann.				
Fachcommunity	Die Expertengemeinschaft bleibt gespalten. Positiv- und Negativnachrichten halten sich die Waage. Hervorzuheben ist PMI's starkes Investment in Heated Tobacco, die Markteinführung von iQOS in Deutschland und weitere skeptische Einschätzungen über die angebliche Risikoreduzierung bei Heated Tobacco.				
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.		nr negativ			

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden Keine dezidierte Auseinandersetzung mit der E-Zigarette im Beobachtungszeitraum.

2.2. Bundestag

Datum: 26.06.2017, 22.06.2017

Meldung: Der drogenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Die Linke, Frank Tempel (MdB), spricht sich erneut für eine liberale Handhabung von Cannabis ein. Sein Fachkollege von der SPD, Burkhard Blienert (MdB) verweist auf erste Durchbrüche gegen den Widerstand der CDU/CSU und plädiert ebenfalls für eine Neuordnung der Cannabispolitik. Aktuell kursiert ein Positionspapier von ihm über eine liberalere Cannabis-Politik in der SPD-Bundestagsfraktion. Damit liegen beide Parteien auf der Linie von Bündnis 90/Die Grünen.

Zudem haben Bremen und Thüringen einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes einzuleiten, um eine Rechtsgrundlage für wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zu schaffen. Dabei sollen Erwachsene ohne ärztliches Rezept Gebrauchsmengen von Cannabis erhalten können. Eine erste Befassung soll am 07. Juli erfolgen.

Quelle: hanf-magazin.com, weser-kurier.de

Datum: 19.06.2017

Meldung: Bildwarnhinweise müssen auch an Automaten sichtbar sein. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags. Der gewünschte Warneffekt der Bildhinweise würde geschmälert, wenn die Sichtbarkeit für den Verbraucher erst nach dem Kauf einer Aushändigung der Ware gegeben wäre, so das Gutachten. Die verbraucherpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Nicole Maisch (MdB) fordert die Tabakbranche zum Handeln auf und bringt bei Zuwiderhandlung eine Stilllegung ins Spiel. Maisch hat das Gutachten in Auftrag gegeben.

Quelle: rp-online.de, welt.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 29.06.2017, 28.06.2017, 27.06.2017

Meldung: Die neuen Regierungskoalitionen und Kabinette von NRW und Schleswig-Holstein stehen. Nach den bisherigen Planungen gehören zu den für die E-Zigarettenbranche wichtigen Länderressorts:

Nordrhein-Westfalen

- Armin Laschet (CDU): Ministerpräsident von NRW. Laschet war zuvor Oppositionsführer in NRW. Unter Jürgen Rüttgers (CDU) war Laschet Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration (erstes Ministerium seiner Art in Deutschland). Zuvor bekleidete er Mandate im Bundestag und Europaparlament.
- Karl-Josef Laumann wird Minister für Gesundheit und Soziales von NRW. Der einstige Rivale von Laschet war bislang Patientenbeautragter der Bundesregierung. 2010-2014 hatte er den Fraktionsvorsitz der CDU im Landtag NRW inne, 2010 bis 2012 war er stellvertretender Landesvorsitzender der CDU NRW.
- Christina Schulze Föcking wird NRW's Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz. Sie ist zudem Landwirtin und führt einen Bauernhof.

Andreas Pinkwart: Der Wirtschaftsprofessor wird das Ministerium für Wirtschaft, Digitales und Energie von NRW leiten. Pinkwart gehörte bereits 2005-2010 als Wissenschaftsminister dem schwarz-gelben Kabinett von Jürgen Rüttgers an

Schleswig-Holstein

- Daniel Günther (CDU): Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Günther war zuvor Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und damit Oppositionsführer. Günther war bis zu seiner überraschenden Kandidatur weniger außerhalb der Landesgrenzen bekannt.
- Sabine Sütterlin-Waack (CDU) wird schleswig-holsteinische Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung. Sütterlin-Waack war bis dato Bundestagsabgeordnete.
- Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) bleibt Umwelt- und Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein.
- Bernd Buchholz (FDP) wird neuer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus. Er war zuvor als Anwalt in Hamburg tätig und ist seit 2013 stellvertretender Parteivorsitzender der Schleswig-Holstein-FDP.
- Heiner Garg (FDP) wird Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren. Von 2009 bis 2012 war er bereits Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie stellvertretender Ministerpräsident Schleswig-Holsteins unter dem damaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU). Garg ist zudem seit 2011 Landesvorsitzender der FDP Schleswig-Holstein.

Quelle: land.nrw, sh-landtag.de, ndr.de, rp-online.de

Datum: 23.06.2017

Meldung: CDU und FDP in NRW haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Die Koalitionspartner planen darin, den Nichtraucherschutz in der Gastronomie etwas zu lockern. Künftig können z.B. Raucher- oder Shisha-Bars mit gastronomischen Angeboten betrieben werden: "An den Regelungen des Nichtraucherschutzes halten wir fest. Für Einrichtungen, die nach der Verkehrsanschauung gerade dem Zweck des gemeinsamen Konsums bestimmter Tabakrauchwaren dienen, werden wir Ausnahmegenehmigungen in Kombination mit der Erteilung einer Schankgenehmigung durch die Kommunen ermöglichen. Der Betrieb einer solchen Einrichtung oder in einer Gaststätte bleibt unzulässig." (S. 45)

Im Koalitionsvertrag von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein werden Rauchen und Dampfen nicht thematisiert. Es findet sich nur ein allgemeines Bekenntnis zur Sucht-Prävention im Rahmen der Drogenpolitik.

Währenddessen hat die <u>SPD</u> ihr Programm zur Bundestagswahl 2017 verabschiedet. Im Entwurf – die finale Fassung liegt noch nicht vor – findet sich nur eine allgemeine Bekundung zur Gesundheitsprävention. Tabak oder die E-Zigarette werden nicht dezidiert thematisiert.

Quelle: cdu-nrw.de, cdu-sh.de

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 22.06.2017, 21.06.2017, 20.06.2017, 19.06.2017, 15.06.2017

Meldung: Eine Mehrheit aus SPÖ, ÖVP, FPÖ und NEOS hat im Finanzausschuss des Nationalrates (vergleichbar mit dem Deutschen Bundestag) erste Parameter für den Entwurf für eine Tabaksteuernovelle verabredet. Ein Ziel ist, den Preis für Zigaretten über die symbolischen fünf Euro anzuheben. Nach Absprachen soll der Entwurf im Plenum beraten werden. Eine Besteuerung der E-Zigarette ist bislang nicht vorgesehen. Hier bringt der Ausschussvorsitzende Werner Groiß (ÖVP) eine Befassung innerhalb von drei Jahren ins Spiel.

Daneben gibt es erste Nachrichten, dass in Spanien ein Kartellrechtsverstoß durch die großen Tabakkonzerne geprüft wird.

Neue Statistiken attestieren eine sichtbare Absenkung der Raucherquote in Großbritannien (siehe auch die Zahlen im Report 42.) von 17,2% in 2015 auf 15,8% in 2016. Dr. Penny Woods, Leiterin der "British Lung Foundation" sieht in der E-Zigarette einen bedeutsamen Faktor in dieser Entwicklung.

Währenddessen setzen US-Bundesstaaten und <u>Großstädte</u> Zeichen gegen die E-Zigarette. San Francisco untersagt den Verkauf von aromatisierten nikotinhaltigen Liquids und Konsumverbote in geschlossenen Räumen bzw. öffentlichen Raum werden sukzessive eingeführt. US-Gesundheitsschützer sehen in der E-Zigarette ein Vehikel zur Renormalisierung des Tabakrauchens.

Quelle: <u>ots.at</u>, <u>diepresse.com</u>, <u>globalcompetitionreview.com</u>, <u>uk.reuters.com</u>, <u>theguardian.com</u>, abcnews.go.com, nydailynews.com, nytimes.com

Datum: 22.06.2017, 21.06.2017, 19.06.2017

Meldung: Die EU-Kommission setzt sich weiter mit der Einführung eines Monitoringsystems für Tabakprodukte (Track&Trace) auseinander. Damit will die EU das Protokoll zur Schmuggelbekämpfung der Tabakrahmenkonvention (FCTC) umsetzen. Der von der EU-Kommission vorgestellte Ansatz wurde von Handel und Herstellern als zu aufwendig und bürokratisch moniert. Unter anderem kritisiert die Branche, die enge – und damit aufwendige – Nachverfolgung einzelner Tabakprodukte innerhalb der Logistikkette. Zudem stand die Idee einer <u>Vor</u>-Autorisierung der einzelnen Schritte in der Versorgungskette im Raum, ein erheblicher bürokratischer Vorgang. Die EU-Staaten befürchten indes, dass die Implementierung des Systems nicht wie geplant bis Mai 2019 umgesetzt ist.

Währenddessen befürchten europaweit Handel und Hersteller die Etablierung von strikten Regelungen für andere in der Kritik stehende Konsumgüter bzw. Nahrungsmittel nach dem Vorbild der Tabakregulierung. Die Tabakbranche warnt vor solchen Spill over-Effekten und kritisiert erneut, die von Gesundheitspolitikern und -NGOs favorisierten Einheitspackungen.

Quelle: euractiv.com, euractiv.com, euractiv.de

Datum: 22.06.2017

Meldung: Mit einem Initiativbericht über Online-Plattformen fordert das Europäische Parlament die EU-Kommission zu Aktivitäten gegen Produkt- und Markenpiraterie aus. Das Europäische Parlament weist die Kommission darauf hin, dass Leitlinien für die Umsetzung für die Haftung von Vermittlern erforderlich sind, damit Online-Plattformen ihrer Verantwortung

30.06.2017 4

gerecht werden. Zum Schutz der Verbraucher vor den Gefahren gefälschter Produkte fordert das Parlament von der EU- Kommission, alle Akteure in der Wertschöpfungskette wirksamer in den Kampf gegen Produktfälschungen einzubinden.

Quelle: pbs-business.de

2.5. Fachcommunity

Datum: 28.06.2017

Meldung: Experten des "Zentrums für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg" (ZIS) haben Erkenntnisse ihrer E-Zigarettenstudie von 2016 (siehe Report 32) in einer internationalen Wissenschaftszeitschrift veröffentlicht. Damit machen sie ihre Ergebnisse einer breiteren Forschungswelt zugänglich. 91,5 Prozent der insgesamt 3320 Befragten gaben an, Ex-Raucher zu sein, die sich mit der E-Zigarette den Tabakstopp umsetzen konnten. 7,5 Prozent sind sogenannte Dual-User. Nur ein Prozent waren zuvor Nichtraucher. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die E-Zigarette vornehmlich zur Tabakentwöhnung genutzt wird.

Quelle: karger.com

Datum: 26.06.2017

Meldung: In einer Meta-Studie argumentieren PhD Samir Soneji (Dartmouth-Hitchcock Norris Cotton Cancer Center) und Kollegen, dass die E-Zigarette zum Tabakkonsum führen kann. Die Autoren plädieren für striktere Regulierungen. Kritik kommt von namenhaften E-Zigarettenexperten wie Prof. Ann McNeill (King's College London), Prof. Marcus Munafò (University of Bristol) und Prof. Peter Hajek (Queen Mary University of London). Munafò beanstandet eine nach seiner Sicht ungeeignete Datenlage und verweist auf Faktoren, die das Probieren von E-Zigarette wie Tabak-Zigarette beeinflussen, was eindeutigen Ergebnisse erschwert. Laut Hajek differenziert die Meta-Studie nicht zwischen Jugendlichen die mal die E-Zigarette probieren und denen, die sie stetig konsumieren. Die Verfügbarkeit der E-Zigarette sei verbunden mit dem Absenken der Raucherquote bei Jugendlichen.

Quelle: jamanetwork.com, in.reuters.com, sciencemediacentre.org

Datum: 23.06.2017

Meldung: Wissenschaftler tauschten auf dem "Global Forum on Nicotine" neueste Ergebnisse zu Tabakprodukten und E-Zigaretten aus. Der E-Zigarettenexperte Dr. Farsalinos verglich die Parameter von E-Zigaretten und Heated Tobacco (iQOS). Laut Farsalinos weisen E-Zigaretten insgesamt weniger Schadstoffe im Dampf auf als Heated Tobacco. Bei einzelnen Stoffen, wie z.B. Kadmium, Blei oder Nickel seien die Werte bei E-Zigaretten höher. Farsalinos stellte auch Hinweise für den sogenannten "Nebenstrom" bei Heated Tobacco fest.

PMI-Wissenschaftler stellten ebenfalls Ihre Forschungsansätze und Ergebnisse vor. Ihnen zufolge sollen z.B. Personen, die von der Zigarette zu <u>iQOS</u> umstiegen, nach 3 Monaten eine ähnlich positive Gesundheitsentwicklung aufweisen wie beim Rauchstopp. Zudem stützt <u>PMI</u> erneut die Aussagen Heated Tobacco setze keinen Rauch frei.

Quelle: gfn.net.co, academic.oup.com, pmiscience.com, pmiscience.com

30.06.2017 5

Datum: 20.06.2017, 16.06.2017

Meldung: Erstmals deutet eine Untersuchung auf eine Verbindung zwischen Passivrauchen in der Kindheit und dem Risiko für rheumatoide Arthritis (RA, Gelenkentzündung) hin. Die Datenanalyse von über 70.000 Freiwilligen zeige, dass die Belastung durch Passivrauchen während der Kindheit den Zusammenhang zwischen dem RA-Risiko und aktivem Rauchen im Erwachsenenalter erhöhe.

Quelle: univadis.de, sciencedaily.com

Datum: 19.06.2017

Meldung: Laut einer Studie von Prof. Neal Doran (University of California) rauchen junge Erwachsene mehr Tabak-Zigaretten, wenn sie parallel auch E-Zigaretten konsumieren. Doran spricht in diesem Kontext von der E-Zigarette als "Risikofaktor". Der bekannten Tabakkritiker Prof. Stan Getz (University of California) sieht sich bestätigt. Ihm zufolge stärkt das Dampfen den konventionellen Tabakmarkt.

Quelle: uk.reuters.com

Datum: 16.06.2017

Meldung: Die US-Gesundheitsbehörde CDC stellt ein Absinken der Zahl jungen E-Zigarettenkonsumenten fest (2015: 3 Mio., 2016: 2.2 Mio.). Gleichzeitig sinke auch die Zahl der jungen Raucher. Experten erklären dies unter anderem mit Aufklärungskampagnen und dem Verkaufsverbot für Heranwachsende. Ein weiteres Ergebnis: die Wahrscheinlichkeit, dass Dampf als weniger risikoreich für Kinder eingeschätzt wird, sei bei Dampfern 18mal höher als bei Nichtkonsumenten. Dieser Fakt wird von den Autoren moniert, da sie Passivdampfen als eine Gefährdung einschätzen.

Quelle: pulseheadlines.com, newsweek.com, cdc.gov, cdc.gov

Datum: 16.06.2017

Meldung: Eine Studie des (Centre for Substance Use Research" (Glasgow) befasst sich mit den Beweggründen für Raucher mit dem Dampfen zu beginnen. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass für eine größere Durchdringung der Raucher-Community das Konsumerlebnis der E-Zigarette noch näher an dem des Tabakrauchens notwendig ist. Des Weiteren sind einfache Handhabung und eine breite Geschmackspalette wichtige Argumente beim Wechsel. Ferner sehen die Wissenschaftler in liberalen Konsumregelungen einen weiteren wichtigen Faktor. Sie monieren, dass Raucher zunehmend die E-Zigarette als ähnlich risikobehaftet wie Tabak-Zigaretten bewerten.

Quelle: mdpi.com

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 19.06.2017

Meldung: Im Interview erklärt Ernst-Günther Krause, Leiter der "Nichtraucher-Initiative München" und Vizepräsident der "Nichtraucher-Initiative Deutschland", sich zusammen mit ande-

30.06.2017 6

ren NGOs auch in der nächsten Legislaturperiode für ein Tabakwerbeverbot einzusetzen. Krause kritisiert erneut die Blockade der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – insbesondere die Rolle von Fraktionschef Volker Kauder (MdB). Widerstand käme allerdings auch von den Kommunen. Bezogen auf sein Engagement für mehr Nichtraucherschutz erläutert Krause, es gehe nicht darum, das Rauchen generell zu verbieten, sondern um einen angemessenen Ausgleich zwischen den Grundrechten. Vorrangiges Ziel sei jedoch weiterhin die "passivrauchfreie Gesellschaft".

Quelle: sueddeutsche.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 27.06.2017, 21.06.2017, 20.06.2017, 19.06.2017, 18.06.2017

Meldung: PMI bringt die iQOS-Produktion nach Deutschland. In Dresden soll binnen zwei Jahren ein neues iQOS-Werk entstehen. PMI investiert dafür 286 Mio. Euro. PMI ist hier seit 1990 aktiv (f6-Werk mit ca. 300 Mitarbeitern). Das neue Werk soll bis zu 500 Arbeitsplätze schaffen. Ministerpräsident Tillich (CDU) begrüßt die Entscheidung und sieht es positiv, dass PMI sein neuestes Produkt in Dresden fertigen lässt. Zudem investiert PMI weitere 500 Mio. Euro in die Erweiterung seines iQOS-Werk in Crespellano (Bologna).

Derweil kritisiert PMI eine iQOS-skeptische <u>Schweizer Studie</u> (Report 48). Den Autoren zufolge entstehe bei iQOS Rauch wie bei Tabak-Zigaretten – jedoch mit etwas weniger Schadstoffen. PMI beanstandet unter anderem, das bei dem Test keine Standard-Rauchroboter zum Einsatz kamen, sondern von den Wissenschaftlern extra konstruierte Testmaschinen. So seien auch schon die damit erzielten Vergleichswerte für Tabak-Zigaretten außerhalb der staatlich gesetzten Standards. PMI erklärt ferner, dass die Bezeichnung "rauchfrei" eine Produktbeschreibung sein und keine Werbung (wie von den Forschern moniert). Auch die Forderung nach einem Konsumverbot in Räumen wird abgelehnt. PMI hat sich mit einem Beschwerdebrief an die Universitäten der Autoren gewendet. Diese Herangehensweise wird wiederum in der <u>Schweizer Presse</u> beanstandet.

Nach dem Erfolg in Japan zieht PMI auch eine positive erste Bilanz aus den ersten Verkaufswochen in Südkorea. iQOS wird derzeit in 20 Staaten vertrieben. In Südkorea liegt derweil dem Parlament ein Gesetzentwurf vor, die Heat Sticks (Heated Tobacco) so wie Tabak-Zigaretten zu besteuern.

Quelle: pmi.com, welt.de, manager-magazin.de, n-tv.de, industriemagazin.at, wiwo.de, badische-zeitung.de, freiepresse.de, sz-online.de, nwzonline.de, badische-zeitung.de, ft.com, zacks.com, sz-online.de, tag24.de, spiegel.de, stern.de, boerse.ard.de, fool.com, madison.com, koreatimes.co.kr, koreaherald.com, tobaccojournal.com

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden rot markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
02.07.2017	Parlamentarischer Abend der Bundes- tagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Bundestagsfrak- tion Bündnis 90/Die Grünen	Berlin	gruene- bundestag.de
03.07.2017	Vorstellung CDU- Wahlprogramm zur Bundestagswahl	CDU	Berlin	<u>cdu.de</u>
06.07.2017	Stallwächterparty	LV Baden- Württemberg	Berlin	baden- wuerttemberg.de
07.07.2017	Beratung zu Canna- bis-Politik	Bundesrat	Berlin	<u>bundesrat.de</u>
18.07.2017	Sommer-Empfang der British Chamber of Commerce in Germa- ny	BCCG	Berlin	bccg.de/
08.09.2017	Sommerfest der inter- nationalen Wirt- schaftsvereinigungen	IWR	Berlin	internationaler- wirtschafts- rat.com
24.09.2017	Bundestagswahl	Bundeswahllei- ter	deutschland- weit	bundeswahllei- ter.de
14.10.2017	Jahreshauptversamm- lung des ÄARG	Ärztlicher Ar- beitskreis Rau- chen und Ge- sundheit	Fulda	aerztlicher- arbeitskreis.de
06./07.12.20 17	15. Deutsche Konfe- renz für Tabakkontrol- le	DKFZ	Heidelberg	tabakkontrolle.de

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.